Dafür und dagegen : wer "heilt" unsere Krankenversicherung?

Autor(en): **Cavalli, Franco / Triponez, Pierre**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **81 (2003)**

Heft 4

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-724040

Nutzungsbedingungen

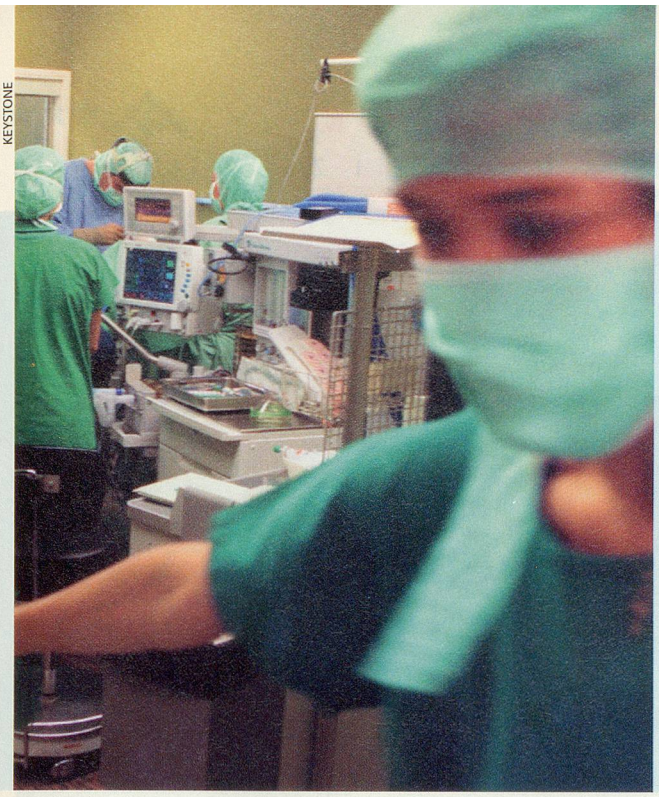
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



KEYSTONE

Wer «heilt» unsere Krankenversicherung?

Die Kosten unseres Gesundheitswesens explodieren. Die Gesundheitsinitiative der SP will nun Abhilfe schaffen. Sie fordert mehr Geld aus der Mehrwertsteuer, einkommensabhängige Prämien und mehr Kompetenzen für den Bund. Am 18. Mai stimmen wir ab.

Mit der Abstimmung über die Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» nehmen wir am 18. Mai eine entscheidende Weichenstellung vor. Die Initiative packt nämlich die zwei Hauptprobleme unseres Gesundheitssystems an: das Fehlen einer minimalen nationalen Planung und das asoziale Finanzierungssystem.

Wir sind das einzige entwickelte Land, welches das Gesundheitssystem mit Kopfprämien, die für alle gleiche sind, finanziert. Anderswo geschieht dies mit Steuermitteln oder mit einkommensabhängigen Finanzierungsquellen. Die Folge davon: Die Reichen zahlen bei uns viel weniger, Familien mit mittlerem Einkommen dafür deutlich mehr als im Ausland. Für diese unerträglich gewordene Situation gibt es nur zwei Lösungen: die von der Initiative vorgesehene einkommensabhängige Finanzierung oder dann den drastischen Abbau des Leistungskataloges, was mit Sicherheit zur Zweiklassenmedizin führt. Von einer dritten Möglichkeit

DAFÜR: Franco Cavalli
Nationalrat SP TI
Prof. Dr. med., Chefarzt

(Senioren sollen höhere Prämien zahlen) wollen wir lieber gar nicht sprechen – selbst ihr Urheber (Bundespräsident Couchepin) hat diese in der Zwischenzeit «vergessen»!

Entgegen den Behauptungen der Gegner sieht die Initiative auch kohärente Massnahmen zur Dämpfung der Kostensteigerung vor. Die Spitzenmedizin wird endlich auf nationaler Ebene koordiniert, das Je-ka-mi der 26 nicht aufeinander abgestimmten kantonalen Planungen verschwindet, effiziente Qualitätskontrollen werden eingeführt, um die zehn bis fünfzehn Prozent unnötiger Leistungen einzusparen (vier bis sechs Milliarden Franken pro Jahr!). Mit diesem Geld kann man dann den Ausbau von Spitex-Diensten oder die Finanzierung von Pflegeheimen sichern.

Mit den Krankenkassenprämien verhält es sich gleich wie mit den Steuern: Dass die Mittel benötigt werden, ist einsichtig, bezahlen tut trotzdem niemand gerne. Reicht dieses Missbehagen aber aus, um der Gesundheitsinitiative zuzustimmen? Nein, denn mit diesem Volksbegehren wird uns eine äusserst bittere Medizin mit schädlichsten Nebenwirkungen unterbreitet.

Eine Annahme hätte zur Folge, dass wir mit einer Flut neuer Gesundheitssteuern eingedeckt würden: mindestens vier zusätzliche Mehrwertsteuerprozente sowie neue Einkommens- und Vermögenssteuern. Besonders problematisch ist, dass gerade Personen mit tiefem Einkommen wesentlich schlechter fahren würden. Diese verlören ihren Anspruch auf Prämienvergünstigungen, hätten aber gleichzeitig wesentlich höhere Konsumsteuern zu bezahlen.

Äusserst heikel an der Gesundheitsinitiative ist, dass sie auf eine reine Kostenumverteilung abzielt, statt das

DAGEGEN: Pierre Triponez
Nationalrat FDP BE
Direktor Schweiz. Gewerbeverband

ungebremste Kostenwachstum ins Visier zu nehmen. Schlimmer noch: Mit der Gesundheitsinitiative würden die Kosten abermals in die Höhe getrieben. Denn mit den Franchisen und den Kostenbeteiligungen will die Initiative die einzigen Instrumente bodigen, die uns heute noch zu einem kostenbewussten Leistungskonsum anhalten.

Eine Annahme der Gesundheitsinitiative hätte den Tod der heutigen Kassenvielfalt zur Folge. Statt mit der uns vertrauten Krankenkasse hätten wir es inskünftig mit einem monopolistischen Staatsapparat und anonymen Beamten zu tun. Für ein klares Nein spricht auch, dass die Gesundheitsinitiative wohl auf direktestem Weg zur Verstaatlichung unseres Gesundheitswesens führen würde.